



NR°3

August 2022

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: pixabay.com

ZWEI INITIATIVEN SOLLEN DER HEIRATSSTRAFE ENDLICH DEN GARAUS MACHEN

A.Z.B.
3001 Bern

Post CH AG

..... **Dass Ehepaare deutlich mehr Steuern als Konkubinatspaare zahlen müssen, ist bundesgerichtlich seit 1984 verboten. Eigentlich. Die Kantone haben seither alle reagiert und die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren eliminiert. Nicht so der Bund. Noch heute bezahlen rund 700'000 Doppelverdiener- und Rentnerehepaare mehr Bundessteuern als wenn sie unverheiratet wären.**

Von einer Heiratsstrafe spricht man dann, wenn ein Paar aufgrund des Zivilstandes mehr als 10 Prozent höhere Bundessteuern bezahlt. Da bei der direkten Bundessteuer die Einkommen der beiden Partner zusammengerechnet und dann zu einem höheren Satz als bei Unverheirateten besteuert werden, ist die Heiratsstrafe umso grösser, je ausgeglichener und je höher die Einkommen der beiden Ehegatten sind. Kinderlose Doppelverdiener mit hohen Einkommen sind besonders betroffen und es erstaunt daher nicht, dass sich

immer mehr Paare fragen, ob sie überhaupt noch heiraten wollen – oder dann erschrecken, wenn die erste gemeinsame Steuerrechnung eintrifft. Nicht von der Heiratsstrafe betroffen sind Einverdienerpaare mit Kindern. Sie werden tendenziell bessergestellt, als wenn sie nicht verheiratet wären.

Bislang sind mehrere Versuche gescheitert, die Heiratsstrafe auch beim Bund zu kippen – entweder bereits im Parlament oder dann vor dem Volk wie zuletzt die CVP-Initiative 2016. Diese scheiterte jedoch mit einer Nein-Mehr-

heit von 50.8 Prozent nur knapp und die Abstimmung wurde im Nachhinein vom Bundesgericht als ungültig erklärt. Der Grund: Der Bund hatte die Zahl der betroffenen Paare deutlich zu tief angegeben. Mehr zum Nein beigetragen haben dürfte jedoch die in der Initiative festgelegte Definition einer Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau, welche im Zeitalter der «Ehe für alle» von vielen Menschen als nicht mehr zeitgemäss angesehen wurde.

Eine weitere «Heiratsstrafe» trifft die Rentnerehepaare: Während

DER EWIGE KAMPF 1 + 3

Zwei Volksinitiativen wollen der verfassungswidrigen Heiratsstrafe endlich den Garaus machen.

STACHEL IM FLEISCH 6 - 7

*jevpc-Co-Präsident Dominic Täubert sowie die bisherige und die neue Generalsekretärin im grossen Interview.

ERFOLG UND NIEDERLAGE 10

Der Kampf im Bundeshaus gegen sexuelle Ausbeutung geht weiter. Etappensieg dafür beim Jugendschutz im Internet.

EDITORIAL

WERTE SIND DEN MENSCHEN ETWAS WERT!



Foto: Rebekka Suter

«Demokratie braucht unser Mitdenken, unser Mitwirken, dass wir Verantwortung übernehmen – also unser Mitgestalten. In der Gemeinde, in der der Region, im Land. Es bedeutet auch, unsere Demokratie, unsere Werte und unser Land zu verteidigen, wenn dagegen gekämpft wird. Die Menschen in der Ukraine tun genau das:

Sie verteidigen ihre Demokratie, die Europas und die unsere.» Dies war mein Statement zu einem Demokratie-Appell, einem Anlass, der genau drei Monate nach Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine stattfand. Ein Appell, um aufzuzeigen, welchen Wert die Demokratie hat und dass wir unsere Demokratie nicht einfach als selbstverständlich hinnehmen dürfen. Dies hat der Angriffskrieg auf die Ukraine vielen von uns vor Augen geführt. Umso dankbarer bin ich für die Demokratie und unser Mitwirken auch als EVP in unserem Land. Dieser Appell hat auch aufzeigen wollen, wie wichtig Werte sind, rücken doch plötzlich Werte wieder ins Bewusstsein, die bisher als selbstverständlich wahrgenommen oder über die überhaupt nicht nachgedacht wurde. Wir als EVP stehen für Werte ein, insbesondere für: Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde.

Kürzlich stellte mich eine Nationalratskollegin jemandem folgendermassen vor: «Sie ist die Präsidentin der Werte-Partei, die dies auch so - wahrscheinlich als einzige - für sich in Anspruch nehmen kann.» Ich denke, dass jede Partei irgendwelche Werte vertritt. Und trotzdem hat mich diese Aussage berührt, weil die Werte, für die wir eintreten, auch gelebt werden und uns als Leitfaden dienen. Und weil die Nationalratskollegin damit auch etwas über unsere Glaubwürdigkeit aussagte. Zudem handelt es sich um Werte, von denen wir überzeugt sind, dass sie unsere Gesellschaft weiterbringen und tragen. Die Abstimmung über den Alkohol-Verkauf in der Migros hat uns zudem vor Augen geführt, dass Werte auch der Gesellschaft nicht einfach egal sind. Vielmehr, dass Werte, in diesem Fall die eines Unternehmens, geschätzt und unterstützt werden, ob man nun selber davon profitiert oder nicht. Das zeigt, dass viel mehr Menschen offen sind für eine werteorientierte Politik und einen Politikstil wie ihn die EVP seit je her lebt.

Herzlich

Lilian Studer

Lilian Studer

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch
Chefredaktion und Grafik: Dirk Meisel

ClimatePartner
Klimaneutral
Druck | ID: 53458-1410-1071

Adressen und Aboverwaltung:
Monika Loosli, 031 351 71 71

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
François Bachmann, Markus Baumgartner (mb), Anja Eschbach, Nik Gugger, Monika Loosli, Dirk Meisel (dm), Niklaus Mosimann (nm), Rebecca Renfer, Nadja Röthlisberger, Roman Rutz, Barbara Stotzer, Marianne Streiff, Barbara Streit-Stettler, Lilian Studer, Dominic Täubert
Herzlichen Dank allen!

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2022 für die Abstimmungen vom 25. September:



ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE ALTERS- UND HINTERLASSENENVERSICHERUNG (AHV 21)

JA



ZUSATZFINANZIERUNG DER AHV DURCH EINE ERHÖHUNG DER MEHRWERTSTEUER

JA



ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE VERRECHNUNGSSTEUER

NEIN



MASSENTIERHALTUNGSINITIATIVE SFG*

*Stimmfreigabe

EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



@evppev



evppev

Ankommen und sich wohl fühlen

10% Rabatt für EVP-Mitglieder
ab dem 6.3.2023 bis Saisonende

Jetzt bucht!

HOTELHARI
ADELBODEN

www.hotelhari.ch

Anzeige



Foto: z/Vg

Spieglein, Spieglein in der Hand...

Der tägliche Bilder-Tsunami auf meinem Mobiltelefon macht mir zu schaffen. Massgeschneiderte Memes und Videoschnipsel heischen meine Aufmerksamkeit: «Wer schießt das schönste Selfie im ganzen Land?» Und es scheint kein Ende zu nehmen! Bilder von Katzen, Kriegen und Katastrophen verbreiten sich über soziale Medien blitzschnell in unsere elektronischen Bekanntenkreise. Influencer posieren am Infinity-Pool oder mit dem Sportwagen und spielen ihren Fans eine geschönte Traumwelt vor. Wir investieren Zeit dafür, Selfies zu schießen und Fotos unserer Freunde zu bewerten – manchmal sogar mehr als für den zwischenmenschlichen Austausch. Es ist fraglos ein Vorteil, die Enkelkinder oder die Eltern nicht nur zu hören, sondern auch schmunzeln zu sehen. Und auch im Berufsleben ist es wichtig, komplexe Sachverhalte bildlich darstellen zu können. Ich achte jedoch vermehrt darauf, was Bilder in mir auslösen und wo ich mir aufgrund gelesener oder gehörter Worte besser mein eigenes Bild mache. Ein Nachrichtenportal publiziert z.B. Updates aus der Ukraine «garantiert ohne Bilder». Und vielleicht wird Bilderfasten - zugunsten von Lesen und (Zu-)Hören - ja ein neuer Trend?

FRANÇOIS BACHMANN
VIZEPRÄSIDENT EVP CH
 f.bachmann@gmail.com

bei Konkubinatspaaren beiden Personen eine Rente bis zu 2'390 Franken pro Monat ausbezahlt wird, erhalten verheiratete Rentnerpaare zusammen höchstens 150 Prozent der Maximalrente, also höchstens 3'585 Franken pro Monat. Im schlimmsten Fall führt der Zivilstand somit zu einer tieferen Rente von 1'195 Franken pro Monat.

Um diese Ungerechtigkeiten endlich zu beheben, startet die Mitte-Partei in diesen Tagen zwei Volksinitiativen «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» sowie «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare» mit dem jeweiligen Zusatz «Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen». Die EVP wird ihre Fraktionspartnerin dabei tatkräftig unterstützen. Marianne Streiff und Nik Gugger sind bereits Mitglied der Initiativkomitees.

Die Initiative zur AHV

Die AHV-Initiative ist schnell erklärt: Die bestehende Plafonierung der Ehepaar-Renten auf 150 Prozent der Maximalrente soll ersatzlos gestrichen werden. Das ist alles, hat aber natürlich weitreichende Konsequenzen, da Rentner-Ehepaare eben derzeit bis zu 1'195 Franken pro Monat weniger Rente erhalten, nur weil sie verheiratet sind. Ergo wird die Umsetzung dieser Initiative einiges kosten und die Rechnung der AHV weiter belasten. Ein weiterer Kritikpunkt wird sein, dass die Plafonierung derzeit eher gut situierte Ehepaare trifft und nicht solche mit tiefer AHV-Rente. Beide Argumente mögen ihre Richtigkeit haben, doch wer wie die EVP für den Wert Gerechtigkeit einsteht, muss dies konsequenterweise auch in dieser Frage tun. Es gibt keine sachlichen Gründe, weshalb Konkubinatspaare jährlich bis zu 14'340 Franken mehr Rente erhalten sollen als verheiratete Paare. Und aus EVP-Sicht darf es erst recht keine Anreize geben, sich vor der Pensionierung scheiden zu lassen, nur um im Alter dann von dieser

höheren Rente zu profitieren.

Absage an die Individualbesteuerung

Etwas anspruchsvoller ist der Inhalt der zweiten Initiative, wobei diese die Umsetzung der Beseitigung der Heiratsstrafe weitgehend dem Gesetzgeber überlässt. Lediglich in den Übergangsbestimmungen regelt sie, was passiert, wenn sich das Parlament nicht zu einer Lösung durchringen kann.

Die Initiative legt fest, dass Ehepaare auch künftig gemeinsam besteuert werden sollen und ist damit eine klare Absage an die Individualbesteuerung, welche aus der Ehegemeinschaft Individualpersonen mit je eigenen Steuererklärungen machen will. Sofern also die Ehepaare gemeinsam besteuert werden, legt die Initiative nicht fest, wie die Heiratsstrafe beseitigt werden soll. Kann sich das Parlament jedoch nicht einigen, soll die sogenannte «alternative Berechnungsmethode» sicherstellen, dass niemand aufgrund der Heirat benachteiligt wird.

Diskriminierung beseitigt

Bei der alternativen Berechnungsmethode füllen Ehepaare ihre Steuererklärung wie heute aus und werden von der Steuerbehörde veranlagt. Automatisierte Prozesse prüfen dann in einer Schattenrechnung, wie hoch die Steuerschuld des Ehepaares wäre, wenn sie nicht verheiratet wären (und somit von der Heiratsstrafe betroffen

sind). Ergibt die Schattenrechnung einen tieferen Steuerbetrag, wird dieser in Rechnung gestellt, ansonsten gilt der Steuerbetrag nach geltendem Recht. Dieser einfache Trick stellt sicher, dass:

- die Diskriminierung von Ehepaaren beseitigt wird,
- es sich finanziell lohnt, z.B. nach einer Baby-Pause beruflich wieder einzusteigen oder sein Pensum wieder zu erhöhen,
- man nicht mit höheren Steuern bestraft wird, wenn sich ein Ehepartner ganz der Kinderbetreuung widmet (was bei der Individualbesteuerung der Fall wäre),
- die Steuerbehörden nicht mit Millionen von zusätzlichen Steuererklärungen überflutet werden wie bei der Individualbesteuerung.

Die Heiratsstrafe muss weg!

Für die EVP ist klar: Die Heiratsstrafe muss endlich beseitigt werden, und zwar sowohl bei den Steuern als auch bei der AHV. Sobald die Initiativen lanciert worden sind, finden Sie weitere Informationen sowie Unterschriftenbögen zum Mitsammeln unter www.evppev.ch/heiratsstrafe.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch



Anzeige

VERANTWORTUNG FÜR KÜNFTIGE GENERATIONEN

Am 25. September stimmen wir über eines der zentralen Geschäfte der Legislatur ab: die Revision der AHV. Das wichtigste Sozialwerk der Schweiz muss angesichts stetig steigender Lebenserwartung und in Rente gehender Babyboom-Generation dringend reformiert werden. Sonst droht unsere Altersvorsorge finanziell in Schieflage zu geraten. Es geht dabei nicht nur darum, die Renten sicherzustellen, sondern auch um den Erhalt der Generationengerechtigkeit. Die Delegierten der EVP Schweiz fassten im Juni mit 76 zu 4 Stimmen klar die Ja-Parole.

Ebenfalls ja sagten die Delegierten zur Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozent zur Finanzierung der AHV (71 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen). Die beiden Vorlagen treten nur in Kraft, wenn beide angenommen werden.

Ziel der Revision ist es, die Finanzierung der AHV bis 2030 zu sichern, das Rentenniveau zu erhalten und den Bezug der Rente flexibler zu gestalten. Auch geht es darum, die Gerechtigkeit unter den Generationen zu wahren.

Die AHV 21 sieht vor, das Referenzalter für Frauen und Männer bei 65 zu vereinheitlichen. Ein unterschiedliches Rentenalter für Mann und Frau ist heute nicht mehr zu rechtfertigen. Dass Frauen heute noch immer tiefere Renten beziehen als Männer, liegt vor allem an der 2. Säule – und nicht an der AHV.

Zur Abfederung sollen 9 Frauenjahrgänge der Übergangsgeneration abgestuft nach Jahreseinkommen einen lebenslangen Rentenzuschlag erhalten, wenn sie ihre Rente nicht vorbeziehen: Dieser Grundzuschlag beträgt 160 CHF pro Monat bei Einkommen bis 57'360 CHF, 100 CHF

pro Monat bei Einkommen bis 71'700 CHF und 50 CHF pro Monat ab einem Einkommen von 71'701 CHF. Der Zuschlag ist zusätzlich noch nach Jahrgang abgestuft. Das heisst, Frauen mit Jahrgang 1964 erhalten diesen zum Beispiel zu 100 Prozent, Frauen mit Jahrgang 1968 noch zu 44 Prozent. Er unterliegt keiner Ehepaar-Plafonierung und soll auch nicht auf etwaige Ergänzungsleistungen angerechnet werden. Insbesondere Frauen mit tieferen Löhnen werden davon profitieren. Durch eine flexible Ausgestaltung des Rentenbezugs haben alle die Möglichkeit, künftig zwischen 63 und 70 Jahren in Rente zu gehen.

Der ordentliche Mehrwertsteuersatz soll zur Mitfinanzierung der Revision um 0,4 Prozent von 7,7 auf 8,1 Prozent erhöht werden, der reduzierte Satz für Nahrungsmittel, Medikamente, Zeitungen und Bücher um 0,1 auf 2,6 Prozentpunkte. Es ist also nicht so, dass der Grundbedarf für schwächere Einkommen durch diese Mehrwertsteuererhöhung unbezahlbar wird. Über diese wird separat abgestimmt (obligatorisches Referendum). Es müssen aber



Foto: pixabay.com

Die AHV 21 will die Renten von morgen sichern und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen wahren.

beide Vorlagen angenommen werden, sonst tritt keine in Kraft.

MARIANNE STREIFF
NATIONALRÄTIN EVP
marianne.streiff@parl.ch

WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Generationengerechtigkeit:** Der Generationenvertrag funktioniert nur bei einem Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben. Gerät dieses aus dem Lot, müssen künftige Generationen dafür aufkommen.
- **Solidarische Reform gegenüber Frauen:** Die Übergangsgeneration erhält Ausgleichsmassnahmen, damit sie nicht

schlechter gestellt werden. Davon profitieren insbesondere Frauen mit tieferen Löhnen.

- **Einheitliches Rentenalter ist zeitgemäss:** Es gibt heute kein stichhaltiges Argument mehr für ein ungleiches Referenzalter von Männern und Frauen. Die Gründe für tiefere Altersbezüge von Frauen liegen nicht in der AHV, sondern in der 2. Säule.

WIE KÖNNEN WIR
HEUTE BEWUSST DIE
ZUKUNFT GESTALTEN?

4 Ausg./Jahr CHF 29.70 zzgl. Versand

anders LEBEN

KONSUM UND DIE FREIHEIT, EINFACH ZU LEBEN

SCHWELGE LEBENSWEISUNG SPARTANISCH

Jetzt nachlesen

anders LEBEN
gratis testen
www.andersLEBEN.ch

Anzeige

27 000 HÜHNER IM STALL: IST DAS TIERWOHL IN DER SCHWEIZER LANDWIRTSCHAFT GESCHÜTZT?

Soll die Schweizer Verfassung künftig auch die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützen? Dies fordert die sogenannte Massentierhaltungsinitiative. Sie hat dabei vor allem die industriellen Betriebe im Visier. Die Gegnerschaft hält die Initiative für unnötig, da in der Schweiz bereits eines der strengsten Tierschutzgesetze gelte und es gar keine Massentierhaltung gäbe. Die Initianten bezweifeln jedoch, dass das Wohl des einzelnen Tieres bei erlaubten Höchstbeständen von 27 000 Masthühnern je Stall gewährleistet werden kann. Die Delegierten der EVP Schweiz erteilten Stimmfreigabe.

Die Initiative will den Schutz der Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in der Verfassung festschreiben. Tiere sollen nicht in «Massentierhaltung» gehalten werden dürfen. Darunter verstehen die Initianten eine industrielle Tierhaltung, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird, weil man möglichst effizient tierische Erzeugnisse produzieren will.

Der Bund soll Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die maximale Gruppengrösse je Stall und die Schlachtung festlegen. Auch soll er Vorschriften für die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen erlassen. Es dürften nur noch Produkte importiert werden, die unter denselben Produktionsmethoden wie in der Schweiz hergestellt wurden.

25 Jahre Zeit zur Umstellung

Für die Umsetzung müsste der Bund laut Initiative Anforderungen festlegen, die mindestens denjenigen der Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 entsprechen, inklusive der Vorgaben für Höchstbestände zum Beispiel in der Geflügelhaltung. Für die Umsetzung erlaubt die Initiative Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren.

Nur 5 % der Höfe betroffen

Die Initianten kritisieren, dass die Massentierhaltung die Tiere nur als Produkt sehe und ihnen grundlegendste Bedürfnisse versage. Täglicher Zugang ins Freie, artgerechte Fütterung, genügend Platz, Einstreu, Beschäftigung und eine schonende Schlachtung seien notwendig für ein bedürfnisgerechtes Le-

ben der Tiere. Das Tierschutzgesetz erlaube heute hingegen drastische Einschnitte in die Würde der Tiere. Die Initianten betonen, dass bei einem Ja zur Initiative lediglich 5 Prozent der Höfe betroffen seien, nämlich die industriellen Betriebe.

Vollkommen unnötig

Die Gegner der Initiative halten diese für vollkommen unnötig. Es gäbe keine Massentierhaltung und die Schweiz sei beim Tierwohl dank eines strengen Tierschutzgesetzes weltweit bereits auf einem einzigartigen Niveau. Die Tierbestände würden seit 1980 sinken - ausser beim Geflügel, wo sie um mehr als 77 Prozent angewachsen sind. Eines der strengsten Tierschutzgesetze sorge zusammen mit zusätzlichen Anreizprogrammen des Bundes sowie verschiedenen Labels für den Schutz des Tierwohls. Das Angebot an Labelprodukten sei bereits heute grösser als die Nachfrage.

Produktion würde sinken, Preise steigen

Ein Ja zur Initiative würde dem Konsumenten die Wahlfreiheit rauben und die Preise massiv ansteigen lassen. Die regionale Lebensmittelproduktion würde zugunsten von Importen sinken und der Einkaufstourismus angekurbelt. Die Durchsetzung gleichwertiger Auflagen bei Importen bezeichnen die Skeptiker angesichts der internationalen Vertragsverpflichtungen der Schweiz im Rahmen der WTO als anspruchsvoll bis damit unvereinbar.

Die Delegierten der EVP Schweiz erteilten mit 40 zu 34 Stimmen bei 5 Enthaltungen Stimmfreigabe.



Foto: pixabay.com

Tierwohl in der Schweiz: Garantiert eines der strengsten Tierschutzgesetze eine tierfreundliche Haltung in der Landwirtschaft?



IDEA
DAS CHRISTLICHE WOCHENMAGAZIN



«IDEA gibt mir wöchentlich einen guten Überblick, was in der evangelischen Welt und darüber hinaus von Bedeutung ist.»

Marc Jost,
Schweizerische Evangelische Allianz

Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA.

Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche und Sie bleiben auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie Gott mit Menschen, Methoden und Kirchen in der Schweiz wirkt.



Anzeige

«WIR NEHMEN UNS AB UND AN DAS RECHT, STACHEL IM FLEISCH DER MUTTERPARTEI ZU SEIN.»

Nachwuchsschmiede der Mutterpartei, Brückenbauerin unter den Jungparteien, aktiver Teil der Lösung bei den Megathemen Klima und Altersvorsorge: die *jevp. Die scheidende und die neue Generalsekretärin, Rebecca Renfer und Anja Eschbach zusammen mit Co-Präsident Dominic Täubert im Interview über Herausforderungen und Herzensthemen, den Stachel im Fleisch der Mutterpartei, gezielte Nachwuchsförderung und was sich die Politik beim Tanz anschauen kann.

Fotos: Dirk Meisel



Anja Eschbach, 25, neue Generalsekretärin der *jevp Schweiz, wohnt in Bern. Sie macht an der Universität Fribourg den Master of Arts in Legal Studies. Sie ist bereits im Vorstand der *jevp Kanton Bern aktiv und absolvierte bei der dortigen EVP ein halbjähriges Praktikum.

Anja, du kommst gerade von einem zehnmonatigen Intensivtanzprogramm auf Zypern zurück und startest nun als Generalsekretärin der *jevp Schweiz – wie passt das zusammen?

Das habe ich mich die letzten zehn Monate auch manchmal gefragt, wie diese beiden Leben zusammengehören (schmunzelt). Also ich habe nicht vor, mit meinem Tanzen zu politisieren. Was ich am Tanzen gerne habe, ist die Verspieltheit und die Leichtigkeit. Es ist denke ich eher ein Transfer von Kompetenzen, die man aus dem Tanz in die Politik mit hinübernehmen kann. Zum Beispiel das sogenannte Pick-up beim Erlernen einer Choreografie: Man muss möglichst schnell sehen, was man machen muss und das dann in den eigenen Körper übertragen. In der Politik ist es, glaube ich, auch wichtig, dass man Impulse schnell aufnehmen und umwandeln kann.

Welches sind die grössten Aufgaben und Herausforderungen, die dich als operative Führungskraft in der *jevp erwarten?

Ich sehe sehr viele gute, bereits gefestigte Strukturen und Mittel, die wir zur Verfügung haben. Aber als Jungpartei stehen auch wir vor einer Herausforderung: Das Vorangehen einer Partei steht und fällt sehr stark mit der Motivation und dem Engagement einzelner Personen. Die Herausforderung besteht darin, wie man Leute motivieren kann, wie man ihnen die eigene Vision so nahebringt, dass sie sehen, es lohnt sich, sich dafür einzusetzen.

Rebecca, Dominic, was sind aus eurer Sicht die grösseren Baustellen für die nächsten zwei, drei Jahre?

Dominic: Nächstes Jahr sind es sicher die Nationalratswahlen. Wir wollen als *jevp in möglichst vielen Kantonen wieder mit einer eigenen Liste die Hauptliste unterstützen. Das ist ein grosser Aufwand für eine kleine Jungpartei. Aber es ist immer auch eine sehr spannende Erfahrung für die Mitglieder, die sich beteiligen. Es ist immer auch eine Möglichkeit, gewisse Leute für die Politik oder für die Arbeit in einer Partei zu begeistern. Grundsätzlich merken wir, ist es herausfordernd, nach Corona Leute zu finden, die sich aus dem gemüthlichen Lockdownleben wieder in ein Engagement bewegen möchten. Aber das bleibt praktisch unsere Funktion im Hintergrund: Nachwuchsförderer für die Mutterpartei zu sein.

Rebecca: Inhaltlich sind es Themen wie Frauenfragen, die Reform der Altersvorsorge und das Klima. Das sind Themen,

die uns am Herzen liegen, in denen wir vorwärts gehen wollen und bei denen wir Teil der Lösung sein möchten. Entsprechend positionieren wir uns. Als Kleinpartei haben wir ja manchmal die Herausforderung, dass man uns medial zu wenig mitdenkt oder mithört. Deshalb sind wir immer dran, mit klaren Inhalten sachlich basiert zu politisieren. Wir wollen da klar hinstehen und mitarbeiten, z.B. bei der Altersvorsorge, wo wir in einem Verein mitarbeiten. Oder auch beim Klima sind wir unter den Jungparteien immer an vorderster Spitze mit dabei gewesen.

Dominic: Gerade in der Zusammenarbeit mit den anderen Jungparteien werden wir sehr ernst genommen. Wir sind geschätzte Partner, die man bei Initiativprojekten dabeihaben will oder mit denen man in Abstimmungskämpfen zusammenarbeiten will. Die Jungparteien wissen, wir können uns vor allem dann Gehör verschaffen, wenn wir alle gemeinsam für einen grossen Teil der jungen Bevölkerung reden. Die Brückenbauerfunktion der EVP nehmen wir unter den Jungparteien bei verschiedenen Themen sehr stark wahr.



Die neue Generalsekretärin der *jevp Anja Eschbach mit dem Co-Präsidenten Dominic Täubert und ihrer Vorgängerin Rebecca Renfer (r.)

Welche politischen Schwerpunkte legt die *jevp?

Dominic: Die Klimapolitik beschäftigt viele von uns. Für uns ist klar, das ist für uns als junge Generation ein Riesenproblem, das wir angehen müssen, bei dem auch die Schweiz eine Verantwortung hat und wir müssen schnell Lösungen finden. Politisch ist es eine herausfordernde Situation nach dem Nein zum CO2-Gesetz. Hier wollen wir dazu beitragen, den Jungen eine Stimme zu geben in dem Prozess für ein neues Gesetz. Mein Eindruck ist, dass wir hier der Mutterpartei einen echten Mehrwert bringen können. Denn wir können zusammenarbeiten, indem wir Leute als Ressource zur Verfügung stellen, die sich sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Auch die Dienstpflicht wird uns sehr stark beschäftigen. Wir sammeln für die Initiative für einen Service Citoyen, unsere Vorstellung von einer modernen Form eines gestärkten Milizdienstes in der Schweiz. Dann die Altersvorsorge, bei der wir uns in den weitergehenden Reformprozessen über Vernehmlassungen in die Parlamentsdebatte einbringen wollen. Und nicht zuletzt die Europapolitik. Hier wollen wir uns stärker in diese festgefahrene Debatte einschalten, wie wir uns die Zusammenarbeit mit Europa vorstellen



Rebecca Renfer, 28, war fast drei Jahre lang Generalsekretärin der *jevp Schweiz. Sie ist verheiratet, wohnt in Bern, studiert Geschichte und Englisch und ist studentische Mitarbeiterin an der BFH für Soziale Arbeit.



«In der Politik ist es auch wichtig, dass man Impulse schnell aufnehmen und umwandeln kann.»

und welche Lösungen wir sehen.

Wie erlebt ihr das Zusammengehen mit der Mutterpartei?

Dominic: Wir haben ja die spezielle Situation, dass unsere *jevp-Gründungspräsidentin heute EVP-Parteipräsidentin ist. Dadurch haben wir hier eine sehr gute, enge Beziehung auf Leitungsebene. Wir nehmen uns allerdings trotzdem das Recht heraus, ab und zu der Stachel im Fleisch der Mutterpartei zu sein. So ist es ja auch schon vorgekommen, dass wir die Delegiertenversammlung gegen die Position der Nationalratsmitglieder umgestimmt haben. Aber solche Differenzen sind eher selten und werden eher als Bereicherung wahrgenommen.

Rebecca: Grundsätzlich werden wir als *jevp sehr unterstützt und wahrgenommen. Uns wird immer ausgeholfen, wenn wir z.B. mal eine Rednerin brauchen, da sind unsere Nationalratsmitglieder immer offen, mal bei einem Event mitzumachen. Das schätze ich extrem.

Und bezüglich Nachwuchs?

Dominic: Das ist schon ein herausforderndes Thema. Wir haben schweizweit nur zwei *jevp-Mitglieder in Kantonsparlamenten. Da haben wir speziell gegenüber den kantonalen Sektionen schon das Anliegen, dass man den Jungen, die vielfach einiges auf dem Kasten haben,

mehr Verantwortung überträgt. Teilweise dürften wir als junges, engagiertes Mitglied vielleicht in den Ortsparteien und kantonalen Sektionen ein wenig mutiger sein und signalisieren, dass man uns auch etwas mehr zutrauen könnte.

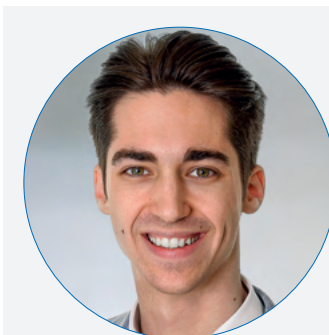
Anja: Wir haben z.B. im Rahmen der Vorbereitungen auf kantonale Wahlen ein Mentoring-Programm durchgeführt, um die Jungen mit der Arbeit in politischen Ämtern vertraut zu machen und um vom Wissen der Älteren lernen zu können. Oder auch die Kaderschulung, die organisiert wird. Es gibt Bemühungen, aber es könnte noch mehr gemacht werden.

Rebecca: Mit einer frühzeitigen Nachwuchsförderung könnte man Leute gezielt nachziehen und für Positionen vorbereiten.

Was wünscht ihr Anja für ihr neues Amt?

Rebecca: Gerade für das Amt der Generalsekretärin braucht es Weisheit und Weitsicht und die wünschen wir ihr sehr, ebenso Durchhaltevermögen und Biss, aber auch Freude und Begeisterung. Die ist es, die schlussendlich ansteckt, die ist nicht zu toppen. Wenn jemand mit Überzeugung kommt, mit Freude, mit einer Leidenschaft, dann reicht das unglaublich weit, das kann sehr viel verändern, neue Perspektiven und Hoffnung geben.

Dominic: (zu Anja) Du hast ein



Dominic Täubert, 24, ist verheiratet und wohnt in Affoltern a.A.. Er hat Soziologie studiert und arbeitet als Social Media Manager für die EVP CH und EVP ZH. Er ist Co-Präsident der *jevp Schweiz.

mega spannendes Amt angetreten, es ist sehr vielseitig und hat viel Freiraum. Ich wünsche mir für dich, dass du möglichst oft aus der Routine, aus den administrativen Aufgaben etwas ausbrechen kannst und den grossen Blick auf die Partei und die Politik einnehmen und uns herausfordern kannst. Dass du verrückte Ideen mit uns teilst. Das kann sehr viele Türen öffnen, um dann auch politisch mitzuwirken als Generalsekretärin, Vorstandsmitglied, Politikerin. Du kannst die Schweiz mitprägen.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP SCHWEIZ
 dirk.meiselt@evppev.ch

WECHSEL IM VORSTAND: VIEL KRAFT IM E DER EVP



Barbara Stotzer-Wyss, 1975
Theologin und Hochbauzeichnerin, Vizegemeindepräsidentin Büren an der Aare, seit 2022 Grossrätin Kanton Bern

schieden, mein politisches Engagement zu bündeln und mich vor allem auf die lokale und kantonale Ebene zu fokussieren.

Wie hast du die Arbeit im Parteivorstand erlebt?

Der EVP stehen beschränkte Mittel und Ressourcen zur Verfügung und dennoch gelingt es immer wieder, Akzente zu setzen und Brücken zu bauen. Es ist die Leidenschaft für die politischen Anliegen und die Kraft, die wir aus dem Glauben schöpfen, die uns immer wieder hilft, über uns hinauszuwachsen.

Hast du einen Wunsch für den Parteivorstand?

Ich wünsche ihm, dass auch weiterhin nicht Probleme und Herausforderungen die strategischen Entscheidungen bestimmen. Vielmehr sollen Chancen und Möglichkeiten ein mutiges Vorgehen ermöglichen. Im E der EVP steckt viel Kraft und immer mal wieder Raum für ein Wunder.



Barbara Streit-Stettler, 1962
Kommunikationsfachfrau, alt Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung EVP Kanton Bern

bringen, sondern auch mich als Person.

Wie dürfen wir uns die Zusammenarbeit mit dir vorstellen. Was ist dir wichtig? Was bringst du mit?

Ich habe im Laufe meines Lebens verschiedenste Non-Profit-Organisationen von innen kennengelernt. Diese reichen Erfahrungen möchte ich einbringen und zu fruchtbaren Veränderungen innerhalb und über die EVP hinaus beitragen.

Welches sind aus deiner Sicht die grössten anstehenden Herausforderungen für die EVP Schweiz?

Aktuell hat die EVP als Partei in der Mitte des politischen Spektrums grosse Konkurrenz. Wir müssen daher umso klarer herausarbeiten, worin wir uns von anderen Parteien unterscheiden.

Barbara, du hast dich bereit erklärt, die EVP Kanton Bern neu im Parteivorstand der EVP Schweiz zu vertreten. Weshalb?

Ich arbeite gerne inhaltlich und strategisch. Für mich ist es daher ein Privileg, im Parteivorstand mitarbeiten und damit auch mitprägen zu dürfen. Dabei möchte ich mich nicht einfach nur mit der Brille der EVP Kanton Bern ein-

Barbara, im Januar haben wir dich an dieser Stelle als neues Mitglied im Parteivorstand vorgestellt. Nun müssen wir dich bereits wieder verabschieden – was ist passiert?

Ich wurde im März 2022 in den Grossrat des Kantons Bern gewählt und habe in Büren a.A. das Gemeindevizepräsidium übernommen. So habe ich mich ent-

Fotos: zVg

NEU IM TEAM: FREUDE AUF ARBEIT, DIE SINN MACHT



Nadja Röthlisberger, 1994,
würde sich gern im Seeland (Biel/ Bern) niederlassen, gelernte Damenschneiderin, Ausbildung als Grafik-Designerin, 3 Jahre Agenturerfahrung

tariats in einem 80-Prozent-Pensum. Sie ist je zur Hälfte für die EVP Kanton Bern und für die EVP Schweiz tätig. Nach einer Lehre als Damenschneiderin liess sie sich in Dresden zur Grafik-Designerin ausbilden. Anschliessend sammelte sie drei Jahre Erfahrungen in einer Markenagentur. Nadja sind Nachhaltigkeit und Ästhetik wichtig, sie geniesst gerne gutes Essen, ihre Familie, Freunde und die Natur. «Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, die unterschiedlichen Arbeitsbereiche, darauf eine Aufgabe zu haben, die einen kleinen Teil zu etwas Sinnvollem beiträgt sowie auf den tieferen Einblick ins politische Geschehen», sagt Nadja. Ihr Motto: «Ein echter Akt des guten Willens, löst immer einen anderen aus.»



Monika Loosli,
Biglen, verh., 3 erw. Kinder, 3 Grosskinder, Kauffrau, 10 Jahre Administration und Finanzen Die Grünen, zuletzt Sekretariatsleitung Universität Bern, Präsidentin EVP Biglen

tärin (70 %) im Generalsekretariat der EVP Schweiz angetreten. Politik begleitet Monika bereits seit ihrer Jugend, insbesondere grüne Themen waren ihr immer ein Anliegen. 2011 übernahm sie das Präsidium der EVP Biglen. Für sie steht der Mensch im Zentrum und ethische Werte gerade in der Politik sind ihr enorm wichtig, Polemik und rücksichtslose Fokussierung auf Wirtschaftsinteressen dagegen ein Greuel. «Auf die Arbeit bei der EVP freue ich mich, weil ich weiss, dass sie meine Ideen und Vorstellungen politisch maximal vertritt. Das motiviert und gibt meiner Arbeit Sinn.» Monikas Motto: «Entscheide nie nach dem Mainstream, sondern nach deinem Gewissen.»

Zum 1. September hat Monika Loosli die Nachfolge von Sara Schnegg als Administrativsekre-

Seit Anfang August verstärkt Nadja Röthlisberger als Grafikerin das Team des Generalsekre-

Fotos: zVg

WEITERE STEUERERLEICHTERUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT ERST, WENN DIE FAMILIEN ENTLASTET SIND

Am 25. September entscheidet das Schweizer Stimmvolk darüber, ob der Bund die Verrechnungssteuer abschaffen darf. Dieser sieht darin einen Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Unternehmen und den Finanzplatz. Doch sind nach Steuerreform und Abschaffung der Industriezölle weitere Steuererleichterungen für Unternehmen angebracht? Die Delegierten der EVP Schweiz sagten deutlich Nein. Sie sehen erst einmal die Familien an der Reihe: Der Bundesrat soll zuerst die verfassungswidrige Mehrbelastung für Ehepaare bei Steuer und AHV endlich abschaffen.



Foto: pixabay.com

Der finanzielle Spielraum des Bundes würde weiter minimiert.

Zinszahlungen auf Obligationen unterliegen in der Schweiz der sogenannten Verrechnungssteuer. Den Besitzern von Obligationen werden zunächst nur 65 % der Zinsen ausbezahlt. Die 35 % Verrechnungssteuer erhält der Investor jedoch wieder zurück-erstattet, wenn er die Zinserträge bei der Steuererklärung sauber deklariert. Da andere Länder jedoch keine solche Steuer kennen, sind Schweizer Obligationen für Unternehmen und Investoren unattraktiv. Sie nehmen deshalb Fremdkapital lieber im Ausland auf, z.B. in Luxemburg. Dieser vermeintliche Wettbewerbsnachteil soll durch

die Abschaffung behoben und der Finanzplatz Schweiz gestärkt werden.

Die Verrechnungssteuer bezweckt jedoch in erster Linie die Eindämmung der Steuerhinterziehung. Sie will die Steuerpflichtigen dazu veranlassen, ihre betreffenden Einkünfte und Vermögenserträge sowie das Vermögen, auf dem die Gewinne erzielt wurden, anzugeben. Danach erhalten sie die Steuer wieder zurück. Wird die Verrechnungssteuer jedoch ersatzlos gestrichen, entfällt dieser Anreiz. Das Parlament hatte zudem darauf verzichtet, alternative Sicherungsmassnahmen ins Gesetz

zu schreiben, welche Steuerhinterziehung verhindern könnten. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer könnte somit in- und ausländische Steuerkriminalität fördern.

Mit klarer Mehrheit (64 zu 7 bei 9 Enthaltungen) fassten die Delegierten der EVP Schweiz die Nein-Parole. Nachdem der Bundesrat mit der Steuerreform STAF und der Abschaffung der Industriezölle die Unternehmen bereits entlastet hat, soll er nun erst einmal die verfassungswidrige Mehrbelastung der Ehe-

paare bei Steuern und AHV (Heiratsstrafe) beseitigen, bevor er weitere Erleichterungen für Grossunternehmen ins Auge fasst. Der finanzielle Spielraum des Bundes für diese dringende Entlastung der Ehepaare und Familien würde nach den bisherigen Steuererleichterungen sowie angesichts steigender Mehrausgaben (Pandemie, Armee etc.) noch weiter minimiert.

NIK GUGGER
NATIONALRAT
nik.gugger@parl.ch

WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Familien zuerst:** Mit der Abschaffung weiterer Steuern für Unternehmen und Kapital verkleinert sich der finanzielle Spielraum des Bundes weiter. Dabei müsste er endlich die Heiratsstrafe bei Steuer und AHV abschaffen, die aus Kostengründen immer wieder verschoben wird.
 - **Steuerkriminalität:** Diese Sicherungssteuer
- dämmt Steuerhinterziehung ein. Wird sie ohne alternative Massnahmen abgeschafft, kann dies in- und ausländische Steuerkriminalität fördern.
- **Keine Gegenfinanzierung:** Die Steuerausfälle betragen pro Jahr mehrere hundert Millionen Franken. Sie dürften mit steigender Inflation noch höher ausfallen - ohne Gegenfinanzierung.

13. und 20. November 2022

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

MACHEN SIE MIT!



Anzeige

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

www.verfolgung.ch

Schweizerische Evangelische Allianz

WEITERER ETAPPENSIEG

Weiterer Etappensieg im Kampf für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Pornografie im Internet: Nachdem der Nationalrat im Mai den Vorstoss von Nik Gugger befürwortet hatte, empfiehlt nun auch die Kommission des Ständerates ihrem Rat ohne Gegenstimme, die Motion #banporn4kids# anzunehmen. Diese beauftragt den Bundesrat, die Gesetze so anzupassen, dass einschlägige Anbieter technische Schutzvorkehrungen wie zum

Beispiel eine wirksame Altersidentifikation einbauen müssen, andernfalls sogar gesperrt werden können. Die Kommission teilt die Ansicht Guggers, dass der Schutz der unter 16-Jährigen im Internet vor pornografischen Inhalten verstärkt werden muss. Die üblichen Warnmeldungen der Anbietenden auf den einschlägigen Plattformen reichen aus Sicht der Kommissionmehrheit nicht aus. Sie will, dass technische Lösungen bis hin zu Sperren geprüft werden.



Fotos: pixabay.com

Technische Lösungen soll geprüft werden, um Kinder und Jugendliche unter 16 im Internet besser vor Pornografie zu schützen.

ERFOLG FÜR DIE FRAUEN

Nach dem Nationalrat vergangenes Jahr hat nun auch der Ständerat die Motion von Marianne Streiff angenommen, welche die Geschichte der Frauen in der Schweiz sichtbar machen will. Der deutliche Handlungsbedarf ist für beide Räte unbestritten. Der Ständerat schlägt aber im geänderten Motionstext einen anderen Weg vor: Der Bundesrat soll in der nächsten Kulturbotschaft ein Konzept für ein Netzwerk von Institutionen sowie dessen Finanzierung vorsehen. Dieses Netzwerk

soll es ermöglichen, die soziale und kulturelle Geschichte der Gleichstellung von Mann und Frau zu bewahren, zu erschliessen und zu vermitteln. Die ursprüngliche Motion hatte ein Konzept für ein Haus der Frauengeschichte vorgesehen. Der neue Vorschlag stellt jedoch das Anliegen der Motion auf eine breit abgestützte Grundlage. Er ermöglicht es, vorhandene Kompetenzen zu bündeln und die Kooperation der bestehenden Institutionen in allen Landesteilen dauerhaft zu fördern.

EVP FRAUEN AUFGEPASST!

Noch bis 11. September läuft die Vernehmlassung zum Leitpapier der EVP Frauen Schweiz (siehe Rundmail vom 19. 08. an alle EVP Frauen). Das Leitpapier will die interne und externe politische Wirkkraft der EVP und der in ihr engagierten Frauen noch mehr stärken. Wir freuen uns über Rückmeldungen!
Für die EVP Frauen Schweiz: Andrea Heger, Anaël Jambers und Lisette Müller-Jaag

DER KAMPF GEHT WEITER

Der Nationalrat will es nicht unter Strafe stellen, wenn Menschen in der Schweiz für Sex gekauft werden. Er hat eine entsprechende Motion von Marianne Streiff zur Einführung des Nordischen Modells abgelehnt. Die Motion «Menschen sind keine Ware» hatte gefordert, dass Menschen künftig nicht mehr für Sex gekauft werden dürfen. Sie verlangte zudem existenzsichernde Ausstiegsangebote für Prostituierte sowie wirkungsvolle Aufklärungs-, Präventions- und Bildungsmaßnahmen

in der Schweiz und in den Herkunftsländern der Prostituierten. Für die EVP ist klar: Der Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung geht weiter. Sie wird weiterhin konkrete politische Vorstösse machen, um diese Ausbeutungssituationen zu beenden und um den längst fälligen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft anzustossen und voranzutreiben. Einen Wandel hin zu einer Gesellschaft, in der kein Geschlecht das andere kaufen, als Ware handeln und ausbeuten kann.



Es braucht einen Bewusstseinswandel hin zu einer Gesellschaft, in der kein Geschlecht das andere kaufen und ausbeuten kann.

TEIL UNSERER SCHWEIZ

Die drei Gebärdensprachen in der Schweiz sind weit mehr als nur ein Hilfsmittel für die Gehörlosen, um damit ein Handicap zu überwinden – sie sind für die Gehörlosengemeinschaft das Identitäts- und kulturstiftende Alleinstellungsmerkmal. Die Gehörlosen sind somit eine sprachliche und kulturelle Minderheit, die Teil unserer Schweiz ist. Trotzdem

ist die Schweiz eines der wenigen Länder in Europa, das die Gebärdensprache rechtlich nicht anerkannt hat. Der Nationalrat hat eine Motion klar angenommen, die das mit einem eigenen Gebärdensprachengesetz jetzt ändern will. Diese fordert auch Massnahmen für eine verbesserte Gleichstellung im Alltag. Sie geht nun in den Ständerat.

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Markus Krauss
Geschäftsführer
Goldschmiede Krauss



Michael Geissbühler
Geschäftsführer
PVT Solar AG



Ruth Zimmerli
Augenoptikermeisterin
Woods Optik AG



Jürgen Wehmann
Coach Stiftung
Wendepunkt

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperrita.ch

Anzeige



POLITIK DES RESPEKTS

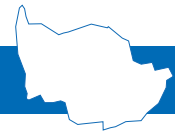
An der Hauptversammlung in Kerzers hat die EVP Kanton Freiburg im Juni ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. An der Jubiläumsfeier blickten Gründungsmitglieder an einer Podiumsdiskussion auf die Zeit der Gründung zurück. Motor war damals der Berner Alt-Grossrat Ruedi Löffel. Er freute sich über das stetige Wachstum der kleinen Kantonalpartei und wies darauf hin, dass es einzelne Menschen seien,

die etwas verändern würden. Die damals junge Freiburger EVP gelangte gleich zweimal erfolgreich ans Bundesgericht: 1998 zum Beitragsanspruch an die Wahlkampfkosten kleiner Parteien und 2001 mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gegen das Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte. Michael Rüfenacht fasste das Engagement der EVP zusammen: «Die EVP steht für eine Politik des Respekts.» (nm)



(v.l.n.r.) Michael Ruefenacht, Simon Grebasch, Martin Hauser, Ruedi Loeffel und Doris Libsig

Foto: zVg



7 FÜR DEN 1. KAMPF

Im Kanton Zug kandidiert die EVP zum ersten Mal für den Kantonsrat, die vier Kandidierenden in der Stadt Zug auch für das dortige Stadtparlament. Sie wagt nach Prüfung möglicher Listenverbindungen den Alleingang. So kommt auch am besten die wahre Stärke der neuen Partei zum Vorschein. «Wir halten die Erwartungen beim ersten Auftritt tief. Wir wollen mit Weitblick und Demut auftreten, mutig ge-

gen den Strom schwimmen», erklärt Parteipräsident Mathias Bürki.

Für sieben Themen setzen sich die sieben Kandidierenden im ersten Wahlkampf im Kanton Zug ein: Sie sind für ein familienfreundliches Zug, für ein verantwortungsbewusstes Zug, für ein gesundes Zug, für ein nachhaltiges Zug, für ein solidarisches Zug, für ein vielfältiges Zug und für ein lebhaftes Zug.



(v.l.n.r.) Werner Toggenburger, Ines Baumgartner, Markus Baumgartner, Mathias Bürki, Natalie Bürki, Matthias Keller, Erna Baum-Iselin

Foto: zVg



SCHÜTZEN STATT AUSNUTZEN



Barbara Günthard-Fitze

Grossrätin Barbara Günthard-Fitze appellierte in einer Fraktionserklärung an den Regierungsrat, weiterhin Flüchtenden aus der Ukraine keine Erlaubnis zu erteilen, als Prostituierte zu arbeiten. Zwei Vertreter der SVP hatten dies beantragt. Die Flüchtenden – zu meist Frauen, Mütter und Kinder – seien ausgesprochen vulnerabel und müssten in ihrer Notla-

ge besonders vor Ausbeutung geschützt werden. «Es ist für eine Gesellschaft schlicht erbärmlich, wenn sich Frauen aus rein wirtschaftlichen Gründen prostituieren müssen», so Günthard. Angesichts des allgegenwärtigen Fachkräftemangel sei es nachhaltiger, Frauen aus der Ukraine für das Gesundheitswesen, das Gastge-

werbe oder in der Landwirtschaft auszubilden. Statt mehr Bewilligungen im Sexgewerbe brauche es zudem wirksame Ausstiegshilfen für Prostituierte. Hier könne der Regierungsrat Gutes bewirken. «Frauen in Not kann er schützen und sie stützen – und nicht ausnützen», so Günthard-Fitze vor dem Rat.

TERMINE 2022

- 12.09. - 30.09.** Herbstsession d. eidgenöss. Parlaments
- 24.09.** Kundgebung gegen Menschenhandel, Bern, Bundesplatz, 15:00
- 25.09.** Eidgenössische Volksabstimmung
- 29.10.** Parteikonferenz

FÜR EINE ENGAGIERTE SCHWEIZ!

Jetzt Initiative unterschreiben!

EVP und *jev unterstützen die «Service Citoyen-Initiative». Diese möchte die Dienstpflicht so reformieren, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig einmal im Leben einen Dienst an Allgemeinheit oder Umwelt leisten. Verschiedene Dienstformen wie Militär, Zivildienst, Zivilschutz und weitere Dienstformen (wie z.B. freiwillige Feuerwehr) sollen gleichgestellt werden. Die Initiative schafft einen modernen Dienst, verpflichtet alle Verantwortung zu übernehmen und stärkt das Milizsystem. Informationen und Unterschriftenbögen: jev.ch/servicecitoyen

Foto: zVg

VERANTWORTUNGSVOLL



Foto: Migros

Die Migros: Vorbild für ein soziales Unternehmertum.

Die Migros-Filialen der zehn regionalen Genossenschaften verkaufen auch in Zukunft keinen Alkohol. Das hat die Genossenschaftsbasis in einer Urabstimmung im Juni entschieden. Damit bleibt die Migros als alkoholfreie Einkaufsmöglichkeit eine grosse Hilfe für gefährdete und alkoholranke Menschen. Die EVP Schweiz hatte als einzige Partei eine Abstimmungsempfehlung abgegeben. Sie dankte

denn auch den Mitgliedern der Genossenschaften, dass sie die soziale Verantwortung über den Gewinn gestellt haben. Der Entschluss stärkt auch den Jugendschutz. Ein Ja zum Alkoholverkauf hätte dazu beigetragen, den Alkoholkonsum zu normalisieren und zu banalisieren und damit den Jugendschutz zu schwächen.

DIRK MEISEL
dirk.meisel@evppev.ch

AUSBEUTUNG BEI UNS

Dass Ausbeutung und Menschenhandel vor unserer Haustüre geschieht, ist vielen nicht bewusst. Viele der Opfer landen in der Zwangsprostitution. Die Frauen kommen fast ausschliesslich aus armen Ländern. Von Clans, Bekannten oder Partnern (Loveboys) werden sie unter falschen Vorwänden in die Schweiz gelockt, in Schuldnechtschaft und Prostitution gezwungen – ein Ausstieg ohne Hilfestellung ist kaum möglich. 10 Organisationen haben sich entschlossen, eine breit angelegte Kampagne für den Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel zu lancieren, darunter auch die EVP Schweiz. Ziel ist es, Schweizerinnen und Schweizer für die Problematik zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wie sie sich für den Kampf gegen Ausbeutung und Menschenhandel engagieren können. Denn nicht nur die Opfer, sondern auch die Täter leben



Foto: zVg

mitten unter uns. Als Höhepunkt der Kampagne findet **am Samstag, 24. September 2022, eine öffentliche Grosskundgebung auf dem Bundesplatz in Bern** statt. Wer kommt, gibt den Opfern eine Stimme!

MARKUS BAUMGARTNER
info@gegen-menschenhandel.ch

LIVENET IN DEN REGIONEN

Mit Regiozeitungen kommt die Gute Nachricht nahe zu den Menschen.

Gerne können Sie beim regionalen Engagement von Livenet.ch und Jesus.ch mitwirken, damit Verteilzeitungen, Webseiten und Livenet-Talks für möglichst viele Menschen an Ihrem Ort zum grossen Segen wird:



WWW.LIVENET.CH/ZEITUNGEN



WWW.LIVENET.CH/ENGAGEMENT



livenet.ch

Anzeige